AUSGABE
10
2026

Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener



Liebe Leserinnen und Leser,

Der „Herbst der Reformen“ startet herbstlich stürmisch – nicht zuletzt, weil um die Reformen selbst immer noch gerungen wird. Hauptbeteiligt daran ist die SPD, die mit dem Rücktritt von Arbeitsministerin Bas, der teils unappetitlichen Inszenierung drumherum und mit ihrer koalitionären Ausrichtung nach der Berliner Landtagswahl mehr mit sich selbst beschäftigt, als auf Reformkurs scheint.

Vielleicht gar nicht so schlecht also, dass ich in den zurückliegenden Wochen dem Hauptstadt-Zirkus zwischendurch auch mal weit „entfliehen“ konnte: nach Südamerika mit der Delegation des Wirtschaftsministeriums und nach Asien mit dem Wirtschaftsausschuss.

Im Wahlkreis wiederum führte ich lebendige Diskussionen mit einer lebendigen Partei: Sowohl bei der Monheimer Senioren-Union zu deren Jubiläum als auch bei der Jungen Union präsentierte sich unsere heimische CDU als aktive wie meinungsstarke Instanz. Und bei der Kreis-MIT hatten wir NRW-Minister Nathanael Liminski zu Gast, und auch bei dieser Gelegenheit wurde „Fraktur“ geredet.

Kurzum: Unsere Devise auf allen Ebenen heißt „Dranbleiben“. Und darüber lesen Sie im Folgenden. Dabei wünsche ich Ihnen wie immer viel Vergnügen!

Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener

Gefahr von Links – nicht nur in Berlin

Jeder Extremist ist Mist – dieser eherne Leitsatz wird gerade von linker Seite aufgekündigt. Dabei hat der „neue“ Linksextremismus nichts an alter Gefährlichkeit eingebüßt. Im Gegenteil! Trotzdem treten SPD und Grüne in Berlin wie selbstverständlich in Koalitionsverhandlungen ein mit der dortigen Linkspartei, einem besonders extremen Zweig einer ohnehin schon extremen Partei. Das ist nicht nur eine Schande, sondern ein Sicherheitsrisiko!

Die aktuellen Verhandlungen über ein rot-rot-grünes Bündnis in Berlin offenbaren eine besorgniserregende politische Richtung für unsere Hauptstadt. Was sich dort abzeichnet, ist kein „progressiver Aufbruch“, sondern der Weg in einen neuen Linksextremismus, der Grundpfeiler unserer demokratischen und wirtschaftlichen Ordnung offen infrage stellt. Mit großer Sorge beobachte ich, wie hier eine Koalition geschmiedet wird, die etwa elementare Eigentumsrechte missachtet. Wer Enteignungen das Wort redet, sägt an den Fundamenten der Sozialen Marktwirtschaft, die Deutschland groß gemacht hat, vertreibt Investoren und löst dabei die Wohnungsnot in Berlin mit keinem einzigen neuen Quadratmeter. Doch der ideologische Umbau greift noch tiefer: Die geplante Politik droht, unsere Polizei und unsere gesamte innere Sicherheit weiter zu schwächen, während gleichzeitig jegliche Berührungsängste gegenüber kriminellen Clanstrukturen zu schwinden scheinen. Zudem sollen – statt einer Förderung von Leistung und Qualität – die schulischen Ansprüche unter dem Deckmantel vermeintlicher Gleichheit noch weiter geschliffen werden. Nicht minder alarmierend ist das Wegsehen bei einem wachsenden Antisemitismus. Das ansonsten vielbeschworene „Nie wieder“ verkommt da zur hohlen Phrase.

Was Berlin braucht, ist Stabilität, eine starke Wirtschaft, sichere Straßen und ein klares Bekenntnis zu unseren westlichen Werten. Stattdessen droht unsere Bundeshauptstadt ein ideologisches Experimentierfeld auf Kosten der Bürger zu werden. Und dabei geht es eben nicht „nur“ um Berlin, denn solche unheilvollen politischen und „kulturellen“ Allianzen wirken weit über unsere Hauptstadt hinaus. Und wo das hinführen kann, sehen wir gerade in Frankreich.

Deswegen kann ich nur ganz klar sagen: Finger weg von einer solchen Zusammenarbeit – und erst recht von einer Koalition unter Führung der Linkspartei!

WAHLKREIS

Zwischen Rhein und Spree

Aktuelles aus Berlin und dem Wahlkreis von Dr. Klaus Wiener

In den Medien

Deutschlandfunk:
„Interview mit Klaus Wiener: Nach Sachsen-Anhalt und dem Koalitionsausschuss“
Hier den Beitrag hören.

Konrad-Adenauer-Stiftung:
„Die politische Meinung: Was Geld leisten muss“
Hier den Artikel lesen.

Supertipp:
„Minister Liminski bei der MIT“
Hier den Artikel lesen.

Rheinische Post:
„Langenfelder Spendenlauf sammelt 30.404 Euro für Kinder“
Hier den Artikel lesen.

ZDF Heute Journal:
„Zum Rücktritt von Bärbel Bas“ vom 12. Oktober 2026
Hier den Beitrag sehen.



Auf Sendung: Im Gespräch mit dem „ZDF Heute Journal“.

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 - 227 75621
Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie hier.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.10.2026

Minister Liminski bei der Kreis-MIT

Der Mittelstand ist auch in schwierigen Zeiten eine tragende Säule - sowohl unseres Landes als auch der Union. Entsprechend wurde auch der zweite „Treffpunkt Mittelstand“ unserer neu formierten **MIT Kreis Mettmann** ein engagierter Diskussionsabend mit großer Besucherresonanz. Wesentlich dazu bei trug neben Gastgeber **MIT Ratingen** auch **Nathanael Liminski**. Der NRW-Minister und -Chef der Staatskanzlei reflektierte die wirtschaftlichen Zusammenhänge unseres heimischen Standortes bis auf die europäische Ebene.



Digital-Experten auf Bundestags-Besuch

Digitalisierung ist ein Begriff, der häufig fällt, wenn es um politische Priorisierungen geht. Wie dieses Schlagwort bei uns im Kreis Mettmann mit Leben gefüllt wird, zeigten mir die **Digitalisierungsbeauftragten** verschiedener Städte **unseres Kreises** bei ihrem Besuch im Bundestag. Im Fokus stand dabei die Präsentation neuer digitaler Bürgerdienste – ein Thema, bei dem Bund und Kommunen ineinandergreifen. Neuste Errungenschaft hierbei: Die App „**d-you**“, ein Meilenstein in der Bündelung digitaler Nachweise, die zu Beginn des nächsten Jahres an den Start gehen soll.





25 Jahre Monheimer Senioren-Union

Ehrentag für eine Institution unserer CDU-Familie: Ein Hoch auf ein Vierteljahrhundert **Senioren-Union Monheim!** Wobei einem da durch den Kopf schießt: Wirklich erst 25 Jahre!? Denn soweit ich zurückdenken kann, war die SU Monheim immer schon da – als Anlaufstelle für die Menschen Monheims, wie als Impulsgeber für das politische Geschehen. Und ihr Motto „Zukunft braucht Erfahrung“ kann ich nur komplett unterstreichen. In diesem Sinne: Herzlichen Dank, liebe **Ursula Klomp** und Team, für euer großartiges Engagement (nicht nur) für die ältere Generation. Macht weiter so!



Grundsatz-Gespräch mit der Jungen Union

Dass die **Junge Union** häufig Impulsgeber für die etablierte Politik ist, gilt nicht nur für bundesweite Veranstaltungen, wie ihren jüngsten Deutschlandtag, sondern auch bei uns daheim. So wurde auch bei meinem Treffen mit der **Kreis-JU** Klartext gesprochen. Das Wichtigste dabei zeigt sich fernab einzelner Themen: Unsere Jugend ist alles andere als „politikverdrossen“. Sie ist interessiert, informiert und beteiligt sich aktiv – eine Hoffnung für die Zukunft!

BERLIN

Technologie-Branche und Politik im Austausch



Am 16. Oktober hieß es wieder: „Tech meets Politics“. Seit 2022 bringt das Format junge Unternehmen und Abgeordnete direkt ins Gespräch – diesmal unter der Frage, wie neue Technologien unsere Resilienz und Sicherheit stärken können. Unter der Moderation von Udo van Kampen haben wir mit Gründern und Kollegen fraktionsübergreifend offen und sehr konstruktiv diskutiert.

Mein Fazit: Gerade bei Sicherheit und Resilienz kommen viele wichtige Innovationen aus Start-ups. Damit sie hier wachsen können, brauchen wir schnellere Verfahren, weniger Bürokratie und besseren Zugang zu Wachstumskapital.

Zwei Jahre Draghi-Report: Wo steht Europa?

Der Draghi-Report vom September 2024 zeichnete ein klares Bild: Ohne tiefgreifende Reformen verliert Europa an Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Stärke. Seitdem ist der Handlungsdruck weiter gestiegen. Hohe Energiepreise, geopolitische Spannungen und Bürokratie belasten die Industrie und kosten Arbeitsplätze. Über die bisherigen Fortschritte diskutierten wir am 9. Oktober im *Gesprächskreis Europa* des BDIs. Was es nun braucht, ist bezahlbare Energie, weniger Bürokratie und ein echter Binnenmarkt.

Deutschland zurück auf dem Wachstumspfad

In meiner ersten Rede dieses Monats stand unter anderem die aktuelle Wachstumsprognose auf der Agenda. Nach sieben Jahren wirtschaftlicher Stagnation erwarten das Wirtschaftsministerium und die Forschungsinstitute für dieses und nächstes Jahr wieder mehr als ein Prozent Wachstum. Das klingt zunächst nach wenig, entspricht aber rund 45 Milliarden Euro zusätzlicher Wirtschaftsleistung. Woher kommt der Aufschwung? Neben Sondereffekten profitieren wir von einer robusten Exportnachfrage, insbesondere aus dem europäischen Binnenmarkt. Auch der KI-Boom, zusätzliche Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur sowie die Reformagenda der Bundesregierung tragen zum Wachstum bei. Wir entlasten Unternehmen, schaffen steuerliche Investitionsanreize, beschleunigen Verfahren und stärken das Arbeitsangebot. Das zeigt Wirkung: Der ifo-Geschäftsklimaindex ist fünfmal in Folge gestiegen. Klar ist aber auch: Für einen dauerhaften Aufschwung brauchen wir mehr private Investitionen und eine stabilere Binnennachfrage.

In einer weiteren Rede ging es um einen AfD-Antrag, die Kaufförderung für E-Autos zu stoppen. Ich bin überzeugt, dass sich E-Autos als effizientere Technologie ohnehin am Markt durchsetzen werden. Zudem machen sie uns unabhängiger von Ölimporten, denn weltweit haben Ölimportländer durch den Umstieg auf E-Autos bereits 20 Milliarden US-Dollar gespart.



Beziehungsausbau in Chile und Peru

Mit Peru und Chile verbinden uns gewachsene Partnerschaften, die wir weiter intensivieren wollen. Deshalb habe ich eine Reise des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Stefan Rouenhoff in beide Länder begleitet. Beide Staaten sind demokratisch verankert, offen für Handel und reich an Rohstoffen. Unser Interesse an Kupfer, Silber, Molybdän und Zink ist dabei ebenso groß wie ihr Interesse an deutscher Technologie. Mit an Bord waren 18 deutsche Unternehmen, teils mit langjährigen Verbindungen, teils auf der Suche nach neuen Geschäftsbeziehungen. In zahlreichen Gesprächen mit Regierungsvertretern wurde deutlich, dass beide Seiten enger zusammenarbeiten wollen. Ein besonderer Moment war die gemeinsame Feier zum Tag der Deutschen Einheit in der Deutschen Botschaft in Chile mit 500 Gästen. Es war beeindruckend, zusammen die Nationalhymnen beider Länder an diesem für uns so bedeutsamen Tag zu singen.

Gespräch mit kanadischen Amtskollegen

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahren rasant verändert. Statt zusammenzuwachsen, wie wir nach dem Fall der Mauer gehofft hatten, setzen Großmächte ihre Interessen zunehmend rücksichtslos durch, und Demokratien geraten unter Druck. Umso wichtiger sind verlässliche Partner, die unsere freiheitlichen Werte teilen. Diversifikation ist das Gebot der Stunde, oder mit den Worten des kanadischen Ministerpräsidenten Carney: *Mittelmächte müssen sich zusammenschließen*!

Kanada ist für uns genau so ein Partner. Deshalb habe ich mich sehr über den Besuch einer Delegation des kanadischen Unterhauses gefreut. Im Mittelpunkt unseres Austauschs stand die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Energie: Energiesicherheit, kritische Mineralien, saubere Technologien und Wasserstoff, aber auch strategische Lieferketten und Freihandel.



THEMA

Außenwirtschaft: Wie umgehen mit Ländern, die nicht fair spielen?

Die deutsche Wirtschaft steht unter Druck. Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass immer mehr Länder ihre Volkswirtschaften gezielt abschotten und sich mit unlauteren Mitteln Vorteile im Handel verschaffen. Das derzeit prominenteste Beispiel sind die US-Zölle. Es gibt aber viele weitere Beispiele. Industriesubventionen haben den weltweit höchsten Stand seit der Finanzkrise erreicht haben. Einen in dieser Hinsicht unrühmlichen Spitzenplatz nimmt China ein. Seit dem Jahr 2020 hat sich das europäische Handelsbilanzdefizit mit China verdoppelt. In einer jüngst veröffentlichten OECD-Studie wurden zahlreiche Gründe für die hohen und steigenden Fehlbeträge genannt:

- Chinesische Unternehmen erhielten in den Jahren von 2005 bis 2024 im Schnitt drei bis acht Mal mehr staatliche Unterstützung als OECD-Wettbewerber.
- Bei Windkraftanlagen lagen chinesischen Subventionen in den letzten 15 Jahren durchweg bei über zwei Prozent des Unternehmensumsatzes und in mehreren Jahren sogar bei über fünf Prozent. Demgegenüber betrug die durchschnittliche Höhe der weltweit gewährten Fördermittel nur ein Prozent.
- Die weltweiten Subventionen für Halbleiter lagen bei etwas über zwei Prozent des Unternehmensumsatzes. In China erreichten sie für dort ansässige Unternehmen in den Jahren 2021 und 2022 sogar fast zehn Prozent.

Laut OECD erklären diese staatlichen Hilfen – zusammen mit der künstlich niedrig gehaltenen Währung – rund 60 Prozent der globalen Marktanteilsgewinne, die China in diesem Zeitraum erzielt hat. Die Gründe für diese aggressive Industriepolitik sind vielschichtig. Ein ganz wesentlicher ist, dass China trotz der wirtschaftlichen Erfolge auch erhebliche strukturelle Probleme hat. Bereits vor ein paar Jahren ist eine riesige Immobilienblase geplatzt, deren Folgen bis heute nachwirken. Das Land ist hoch verschuldet, und die privaten Haushalte üben sich in Konsumzurückhaltung. Für viele Chinesen ist die eigene Immobilie wichtiger Bestandteil der Altersvorsorge, denn die Renten sind selbst bei sehr langen Erwerbszeiten extrem niedrig. Mit dem Platzen der Immobilienblase haben viele ihr Vermögen verloren – und damit einen Großteil ihrer Alterssicherung. Erschwerend kommt hinzu, dass das Land rasant altert, und die Gesundheitsvorsorge ist gering. Auch das macht es für viele notwendig, auf heutigen Konsum zu verzichten. Wenn aber der private Verbrauch schwächelt, die Wohnungswirtschaft unverändert unter der Immobilienkreise leidet, und auch die staatlichen Ausgabenspielräume enger werden, bleiben nur die Exporte, mit denen die Kommunistische Partei Chinas ihr Wohlstandsversprechen einlösen kann. Und diese Exporte finden wegen der US-Zölle ihren Weg zunehmend nach Europa – was viele unserer Unternehmen zunehmend unter Druck bringt.

Wer mich kennt weiß, dass ich ein glühender Verfechter des internationalen Handels bin. Weltweit hat der freie Warenverkehr hunderte Millionen von Menschen aus bitterster Armut befreit. Und auch für Deutschland war der Export der Wachstumstreiber der letzten Jahrzehnte. Wenn einzelne Länder aber erkennbar mit unfairen Mitteln arbeiten, ist Widerstand geboten. Ich meine, es ist an der Zeit, dass wir uns stärker als bisher unlauteren Praktiken im internationalen Handel entgegenstellen müssen. Ein Anfang ist in diesem Zusammenhang die Vereinbarung, die EU-Kommissar Sefcovic vor ein paar Wochen mit China getroffen hat, auch wenn freiwillige Exportbeschränkungen aus handelstheoretischer Sicht nicht das Beste der verfügbaren Mittel sind; Ausgleichszölle halte ich als Preisinstrument für geeigneter.

Sehr positiv sehe ich in diesem Zusammenhang die deutsch-französische Initiative, die Bundeskanzler Friedrich Merz und Präsident Emmanuele Macron jüngst ergriffen haben. Hierin fordern sie EU-Handelsinstrumente, mit denen staatlich verzerrter Wettbewerb wirksamer adressiert werden kann. Konkret sollen Anti-Dumping-Verfahren beschleunigt und sektorweit angewendet werden. Zudem wird ein neues Instrument gefordert, mit dem Europa bei wichtigen Gütern und Rohstoffen schneller unabhängig wird. Bei schweren Wettbewerbsverzerrungen soll eine Beschränkung oder gar der Entzug des Zugangs zum Binnenmarkt möglich sein. Der Clou daran: Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nur dann im EU-Ministerrat verhindert werden können, wenn sich eine zwei Drittelmehrheit dafür entscheidet. So käme man weg von der Blockadepolitik einzelner Länder.

Ende Oktober habe ich mit weiteren Vertretern des Wirtschaftsausschusses China besucht und wichtige Gespräche in zahlreichen Ministerien geführt. Unsere Botschaft war unmissverständlich: Wir wollen freien Handel, gerade auch mit China, einem Land, das große Chancen bereithält. Klar ist aber auch, dass der Widerstand in Europa wächst und unfaire Handelspraktiken nicht länger geduldet werden sollen. Natürlich haben die chinesischen Gesprächspartner unsere Argumente nur sehr eingeschränkt geteilt und ihrerseits Vorwürfe erhoben. Für mich war zwischen den Zeilen aber sehr deutlich wahrnehmbar, dass man auch in China die zunehmenden Ungleichgewichte im europäisch-chinesischen Außenhandel als Problem erkennt.